

Wir zahlen nicht für eure Krise! Kämpfen um jeden Arbeitsplatz, Umweltschutz – Zukunft der Jugend!

20.11.2019

MLPD Baden-Württemberg



Die kleinen und großen Proteste von Kolleginnen und Kollegen in vielen Betrieben der Auto- und Zulieferkonzerne in Baden-Württemberg in den letzten Wochen sind genau richtig. 5000 ZF'ler zogen am 25. September durch Friedrichshafen. Über 1000 protestierten am 8. November in Schwäbisch Gmünd gegen Arbeitsplatzvernichtung bei Bosch. Bei Schuler in Göppingen und WMF in Geislingen verbringen die Kollegen inzwischen jeden Montag ihre Mittagspause kämpferisch auf der Straße. Pausenversammlungen, gut besuchte Center-Versammlungen und eine eindeutige Stimmung „Wir geben nix!“ bei Daimler Untertürkheim. Aber auch international – Kampfaktionen bei Ford in Brasilien, Indien und Großbritannien; bei General Motors in den USA, Kanada, Korea; bei Hyundai in Algerien.

Was treibt uns auf die Straße?

Wenn die bürgerlichen Medien derzeit verbreiten „eine Rezession sei verhindert worden“ ist das reine Zweckpropaganda. Tatsächlich ist eine neue Weltwirtschaftskrise eingeleitet und Deutschland ist bereits voll von dieser Krise betroffen. Dazu erklärt Gabi Fechtner, Vorsitzende der MLPD, in ihrem Interview vom Oktober 2019: „Die Welt-Autoindustrie befindet sich im Krisenstrudel. Im Juni prognostizierte das CAR-Institut der Uni Duisburg-Essen einen weltweiten Rückgang des Autoabsatzes um mehr als vier Millionen Fahrzeuge, von 83,7 auf 79,5 Millionen im Gesamtjahr 2019. Im Mai 2019 war auf dem wichtigsten Absatzmarkt China der Absatz im Vergleich zum Vorjahresmonat um 16,4 Prozent zum elften Mal in Folge gesunken.“

Bemerkenswerterweise ist Deutschland, das bisherige Flaggschiff der EU-Wirtschaft, besonders stark von der Krise betroffen. Seit August 2018 geht in Deutschland die Industrieproduktion im Vorjahresvergleich absolut zurück. Die Kapazitätsauslastung sank von 87,8 Prozent im Juli 2018 auf 83,9 Prozent im Juli 2019. Auch die Exporte gehen in einzelnen

Monaten deutlich zurück. Die Industrieaufträge sinken stark. Im August 2019 um 6,7 Prozent im Vorjahresvergleich. Besonders drastisch sind die Auftragsrückgänge im Maschinenbau, wo im August 2019 die Aufträge an deutsche Unternehmen um 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr einbrachen.“ *

Wenn jetzt nach der bereits durchgeführten Entlassung sämtlicher Leiharbeiter in 2019, weitere massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen angekündigt wird, sogenannte „Sparprogramme“ verhandelt werden, verstärkt Kurzarbeit angemeldet wird, ist das nichts anderes als die Abwälzung der Krisenlasten auf uns und unsere Familien. Dabei wird es nicht bleiben. Wir müssen uns über die bereits angekündigten Werksschließungen hinaus auf weitere Angriffe mit erheblicher Arbeitsplatzvernichtung, Insolvenzen, Schließungen und eine Steigerung der Ausbeutung einstellen. Der Verband der Monopole und Konzerne BDI fordert ein neues Krisenprogramm in Höhe von 400 Milliarden Euro, das aus uns und der gesamten Gesellschaft heraus gepresst werden soll.

Das ist nicht unsere Krise...

... sondern eine Krise der kapitalistischen Produktionsweise: „Der allgemeine Hintergrund der neuen Weltwirtschaftskrise liegt in der verschärften chroni-

30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!



Arbeitszeitverkürzung erhält Arbeitsplätze! Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich für alle würde allein in Deutschland acht Millionen Arbeitsplätze erhalten. Individuelle Arbeitszeitverkürzung, wie im IGM Tarifvertrag letztes Jahr vereinbart, geht zu Lasten der Betroffenen und nicht auf Kosten der Profite.

* Das ganze Interview erhältst du bei deinem Rote Fahne Magazin Verkäufer oder im Internet unter www.rf-news.de

schen Überakkumulation des Kapitals. Dazu kommt die bisher nicht gekannte geballte Wirkung von drei verschiedenen, sich gegenseitig durchdringenden Strukturkrisen: Seit Beginn der 1990er-Jahre wirkt eine internationale Strukturkrise auf der Grundlage der Neuorganisation der internationalen kapitalistischen Produktionsweise. Hinzu kommt die Strukturkrise durch die Umstellungen in der Automobilindustrie auf E-Mobilität und die Strukturkrise auf der Grundlage der umfassenden Digitalisierung der gesamten Produktion.“ (ebenda)

Deshalb: Hier gibt es nichts zu verhandeln! Wir zahlen nicht für eure Krise!

Macht mit am 22. November in Stuttgart

Der IGM Aktionstag am 22. November in Stuttgart kommt genau richtig! Er entspricht dem Wunsch der Belegschaften, sich über Konzern- und Ländergrenzen hinweg zusammen zu schließen – gegen chauvinistische Spaltung durch „Standortdenken“. Beteiligt euch als ganze Gruppe, Abteilung, Halle - ganzes Werk! Stellt mit gemeinsamen Schildern, Parolen eure Forderungen! Wir müssen unsere eigene Rechnung aufmachen. Es ist illusionär, wenn die baden-württembergische IG-Metall-Führung an die Konzerne und Regierungen appelliert, doch einen „fairen Wandel“ zu machen und „kluge Zukunftsperspektiven zu entwickeln“. Es geht den Konzernen und ihren Regierungen nie um eine Zukunft für uns Arbeitende oder um „Fairness“. Es geht ihnen darum, ihre Weltmarktführerschaft und Profitinteressen durchzusetzen, was nur auf Kosten der Belegschaften und der Umwelt möglich ist. Die Interessen von Arbeitern und Monopolen sind nicht zu versöhnen!

Deshalb konnten mit Appellen, Verzicht, „Standortvereinbarungen“ auch noch nie Arbeiterinteressen durchgesetzt werden. Das geht nur durch Kampf auf Kosten der Profite. Dafür brauchen wir Gewerkschaften als Kampforganisationen. In diesem Sinne gehen wir am 22. November auf die Straße. Und in diesem Sinne gehört jeder Arbeiter in die Gewerkschaft. Austritt aus der Gewerkschaft schwächt uns. Die Gewerkschaft ist, was wir Gewerkschaftsmitglieder aus ihr machen. Aber wir müssen uns auch darauf einstellen, selbständig die Initiative ergreifen und gegebenenfalls den Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfs durchbrechen, um zu selbständigen Kämpfen überzugehen.

Beim Kampf für die 35-Stundenwoche oder für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben wir schon einmal bewiesen, dass, wenn wir über Werkgrenzen hinweg den Kampf organisieren, eine Kraft entsteht, die mächtig ist und Erfolge erringen kann. Gehen wir gemeinsam in die Offensive!

Kampf um jeden Arbeits- und Ausbildungsplatz auf Kosten der Profite!

Für die 30-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Jetzt die Betriebsgruppen der MLPD stärken!

Jede/r Kollegin/Kollege stellt sich die Frage: „Muss es denn immer so sein, dass wir die Krisenlasten tragen sollen?“ Aus dem Widerspruch zum gesellschaftlichen Reichtum und technischem Fortschritt mit Digitalisierung, E-Mobilität wird überdeutlich, dass es notwendig und möglich ist, eine Gesellschaft zu erkämpfen, in der der Mensch und die Natur im Mittelpunkt steht und nicht der Profit. Der Sozialismus ist heute materiell allseitig vorbereitet. Wer grundsätzlich etwas ändern will, muss politisch kämpfen. Die Mitglieder der MLPD stehen konsequent für den Weg der Arbeiteroffensive und für den echten Sozialismus. 71% sind Arbeiterinnen und Arbeiter und kleine Angestellte. In den Betriebsgruppen bekommt man Durchblick und unverbrüchliche Solidarität. Sie organisieren Kämpfe, stehen für konzern- und länderübergreifende Koordinierung und stellen ihr Know-how zur Verfügung. Die Mitgliedschaft wird vertraulich behandelt. Organisiere dich in einer Betriebsgruppe der MLPD!

Morddrohung gegen MLPD

Vor zwei Wochen fand ein Kollege bei Daimler eine Palette mit der Aufschrift: „Verbrennt die MLPD-Hexe“. Das ist ein offener Aufruf zum Mord! Die Rechtsentwicklung der Regierung und der bürgerlichen Parteien hat sich inzwischen zu einer ernst zu nehmenden faschistischen Gefahr entwickelt. Dazu gehört der faschistische Mord an dem CDU-Politiker Lübke, Mordaufrufe gegen Politiker wie Cem Özdemir und gegen führende Repräsentanten der MLPD bis hin zu realen Mordanschlägen mit aufgeschlitzten Autoreifen. Die MLPD erstattet dagegen Strafanzeige. Leute, die zu faschistischen Morden aufrufen, sind keine „Kollegen“. Sie gehören ins Gefängnis und haben in der Daimler-Belegschaft nichts zu suchen. Es ist Sache von uns allen, gegen solche Morddrohungen aktiv vorzugehen. Im Kampf gegen Faschismus und Krieg müssen sich alle fortschrittlichen Menschen über weltanschauliche Grenzen hinweg zusammen schließen.

AfD – keine „Protestpartei“, sondern Partei der Autokonzerne

Die ultrareaktionäre, faschistoide AfD positioniert sich immer offener als Partei der Autokonzerne - von wegen "Protestpartei"! Statt gegen den kriminellen Dieselbetrug der Konzerne, für vollständige Entschädigung der Diesel-Besitzer und den Ausbau des kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs einzutreten – halten sie unbegrenzt am Verbrennungsmotor fest. Sie rufen, wie der Höcke-Freund Hilburger, vom „Zentrum Automobil“ bei Daimler zum Austritt aus den Gewerkschaften auf. Damit versuchen sie unsere Organisiertheit im Kampf gegen die internationalen Monopole zu spalten und zu schwächen.